

Mit folgender Begründung haben wir nachfolgende Punkte von der Tagesordnung gestrichen:

Ballmertshofen, L 1082, 30 km/h ab Radwegende von Giengen her kommend bis Ende Egaubrücke

Gem. § 45 Abs. 9 StVO sind Verkehrszeichen und Einrichtungen nur dort anzuordnen, wo dies aufgrund der besonderen Umstände zwingend erforderlich ist. Insbesondere Beschränkungen und Verbote des fließenden Verkehrs dürfen nur angeordnet werden, wenn auf Grund der besonderen örtlichen Verhältnisse eine Gefahrenlage besteht, die das allgemeine Risiko einer Beeinträchtigung der in den vorstehenden Absätzen des § 45 genannten Rechtsgüter erheblich übersteigt. Eine Gefahrenlage kann innerorts nur anhand gesteigerter Unfallzahlen belegt werden.

Nach Rücksprache mit der Polizei gab es seit 2010 weder am Ende des gemeinsamen Geh- und Radwegs noch nach der Egaubrücke Unfälle mit Radfahrern oder Pedelfahrern.

Im Kreuzungsbereich L 1082/L2033 gab es zwar 7 Unfälle, keiner jedoch mit Rad- oder Pedelfahrern. Damit liegen keine Gefahrenstellen für Rad- oder Pedelfahrer vor.

Des Weiteren wird auf Ziff. 4 der Verkehrsschauniederschrift vom 19.11.2014 verwiesen. Damals wurde bereits eine Geschwindigkeitsbeschränkung auf 30 km/h auf Antrag eines Anwohners geprüft und abgelehnt.

Am Ende des gemeinsamen Geh- und Radwegs weiß der Radfahrer, dass der Radweg endet, er die L 1082 queren und er daher besonders aufpassen muss.

Eine Geschwindigkeitsreduzierung ist aus Rechtsgründen daher nicht möglich.

Kreuzungsbereich L 1082/L2033

Auch hier weiß der Radfahrer, dass er Vorfahrt achten muss. Die Kreuzung ist übersichtlich. Von erhöhten Unfallzahlen ist uns nichts bekannt.

Ballmertshofen, Bushaltestelle Sperrbergstraße (gegenüber Gasthaus Hirsch)

Mit Email vom 03.11.2022 haben Sie uns den Markierungs- und Beschilderungsplan von der Bushaltestelle vorgelegt. Danach ist es Verkehrsteilnehmern gestattet „durch die Bushaltestelle“ zu fahren. Sollten Sie eine neue Verkehrsplanung erwägen, empfehlen wir Ihnen, sich mit einem Ingenieurbüro in Verbindung zu setzen.

Ballmertshofen, nördlich hinter Gasthaus Hirsch, Haltverbot mit Grenzmarkierung für Halt- o. Parkverbot

Die Gemeinde wünscht eine Grenzmarkierung für Halt- oder Parkverbote (Z 299) nördlich der Gaststätte Hirsch, da die Straße in die Hauptstraße mündet.

Es wird unterstellt, dass die Straße nördlich der Gaststätte Hirsch eine Gemeindestraße ist.

Wo geparkt werden darf ergibt sich grds. aus § 12 StVO. Ggfs. wird um Vollzug gebeten.

Z 299 (Grenzmarkierung für Halt- oder Parkverbote) hat isoliert keine Bedeutung. Es bedürfte zusätzlich der Anordnung eines Halt- oder Parkverbots.

Ein Haltverbot darf nur angeordnet werden, wo die Sicherheit (z. B. Verhütung von Brandanschlägen auf Gebäude, Überschwemmung, Pandemie), Flüssigkeit oder der öffentliche Personennahverkehr es erfordern. Hierfür liegen keine Anhaltspunkte vor.

Ballmertshofen, Grenzmarkierung für Halt- o. Parkverbot südlich des Flst. Nr. 246/1, Am Bahndamm

Die Gemeinde wünscht eine Grenzmarkierung für Halt- oder Parkverbote (Z 299) südlich des Flst. Nr. 246/1.

Hier wird auf die Ausführungen zu 1.3. verwiesen.

Ballmertshofen, Buchenstraße, Ausfahrt aus dem Baugebiet Herlsbühl, Sichtverhältnisse

Mit Email vom 11.11.22 wurden Fotos vorgelegt. Danach ist das Sichtfeld nach links bis zum Ortsschild gegeben. Des Weiteren wird auf Punkt 5 der Verkehrsschau vom 19.11.2014 verwiesen. Dort wurde vereinbart: „Da das Sichtfeld nach rechts aufgrund der Böschung und deren Bewuchs eingeschränkt ist, wurde empfohlen, zunächst den Bewuchs der Böschung

ganz zurückzuschneiden und sofern möglich einen Teilbereich der Böschung abzutragen, so dass möglichst ein Sichtfeld von mindestens 3/70 m entsteht.“

Ballmertshofen, Eichenweg, Antrag von Anwohnern auf Parkverbot

An der abschüssigen Kurve vor der Verkehrsinsel steht ein Warnschild. Vor diesem parken Pkws, die die Bewohner in Hausnr. 10 besuchen. Wenn man abwärts fährt, kann man nicht erkennen, dass dort ein Pkw parkt, da die Sicht durch marode Bäume behindert wird.

Marode Bäume müssen aus Gründen der Verkehrssicherungspflicht vom Eigentümer gefällt werden. Dann ist auch die Sicht auf einen evtl. vor der Verkehrsinsel parkenden Pkw frei. Die Gemeinde wird gebeten, den Eigentümer der maroden Bäume anzuweisen, diese zu fällen. Im Übrigen gilt § 12 StVO: Nach § 12 Abs. 1 Nr. 1 StVO darf an engen und unübersichtlichen Stellen nicht geparkt werden (3,05m Restbreite der Fahrbahn). Zwischen parkenden Autos muss eine Restfahrbahnbreite von 3,0 m verbleiben. Die Gemeinde wird gebeten, ggfs. § 12 StVO zu vollziehen.

Dischingen, L 1181, Ärztehaus, Parkplatzsituation

Die Gemeinde bemängelt, dass viele Autos entlang dem Ärztehaus auf dem Gehweg parken.

Auf dem Gehweg darf nicht geparkt werden. Das ergibt sich aus der Straßenbenutzungspflicht gem. § 2 StVO. Der Gehweg ist den Fußgängern vorbehalten. Es ist daher Sache des Vollzugsdienstes dafür zu sorgen, dass keine Pkws auf dem Gehweg parken.

Dischingen, L 1181, Geschwindigkeitsreduzierung auf 30 km/h am Marktplatz/Hauptstraße

Gem. § 45 Abs. 9 StVO sind Verkehrszeichen und Einrichtungen nur dort anzuordnen, wo dies aufgrund der besonderen Umstände zwingend erforderlich ist. Insbesondere Beschränkungen und Verbote des fließenden Verkehrs dürfen nur angeordnet werden, wenn auf Grund der besonderen örtlichen Verhältnisse eine Gefahrenlage besteht, die das allgemeine Risiko einer Beeinträchtigung der in den vorstehenden Absätzen des § 45 genannten Rechtsgüter erheblich übersteigt. Eine Gefahrenlage kann innerorts nur anhand gesteigerter Unfallzahlen belegt werden.

Nach Rücksprache mit der Polizei geschah der letzte Unfall, an dem ein Fußgänger beteiligt war, im Bereich Marktplatz/Hauptstraße im Mai 2016. Eine Gefahrenstelle liegt damit nicht vor.

§ 45 Abs. 9 S. 3 StVO gilt gem. § 45 Abs. 9 S. 4 Nr. 6 StVO nicht für innerörtliche streckenbezogene Geschwindigkeitsbeschränkungen von 30 km/h nach Abs. 1 S. 1 auf Straßen des überörtlichen Verkehrs (Bundes-, Landes- oder Kreisstraßen) oder auf weiteren Vorfahrtsstraßen im unmittelbaren Bereich von an diesen Straßen gelegenen Kindergärten, Kindertagesstätten, allgemeinbildenden Schulen, Förderschulen, Alten- und Pflegeheimen oder Krankenhäusern. Der Zugang zum AWO Altenzentrum erfolgt über die Turnstraße. Hier ist bereits eine Tempo-30-Zone angeordnet. Für den Marktplatz und die Hauptstraße liegen keine Tatbestände des § 45 Abs. 9 S. 4 Nr. 6 StVO vor.

Evtl. kann über ein Lärmgutachten (§ 45 Abs. 1 Nr. 3 und Abs. 1b Nr. 5 StVO) eine Geschwindigkeitsreduzierung erreicht werden.

Dischingen, Am alten Bahnweg, Parkplätze entlang der Straße

Eine grundsätzliche Aussage, ob dies in den allgemeinen Zuständigkeitsbereich der Gemeinde fällt oder zustimmungspflichtig durch die StVB ist oder gar im Rahmen einer Verkehrsschau besprochen werden sollte, lässt sich abschließend nicht beurteilen. Bei privaten Vorhaben, wird die StVB im Rahmen des evtl. durchzuführenden Baugenehmigungsverfahrens angehört. Bei der Errichtung von Parkbuchten im öffentlichen

Straßenraum hat die Gemeinde die StVB zu beteiligen. Wir empfehlen daher eine detaillierte Planung vorzulegen.

Trugenhofen, Am Kuhberg, Freigabe der Zufahrt für Gebäude Nr. 3

Mit Email vom 11.11. 2022 wurde mitgeteilt, dass die Gemeinde das Schild behalten will (s. 3.1. Email vom 11.11.22). Das Schild macht bei Freigabe der Zufahrt für Gebäude Nr. 3 keinen Sinn mehr, da die Freigabe faktische zu einer kompletten Freigabe der Strecke führen würde. Wir verweisen auf unser Email vom 24.06.2022.

9. „Trugenhofen, Am Kuhberg 5 (Zusatzzeichen Anlieger frei)

Frau Hofmann, hat beantragt, die Straße „Am Kuhberg“ aus Richtung der Taxisstraße befahren zu dürfen.

Die Straße „Am Kuhberg“ wurde vor Jahren wegen dem großen Gefälle von 19 % aus Richtung der Taxisstraße mit Z 250 gesperrt. Räumfahrzeuge können die Straße bei stark verschneiter bzw. glatter Fahrbahn nicht befahren, weil sie wegen der Neigung herabrutschen. Es ist nach wie vor kommunalpolitischer Wille, dass das Z 250 erhalten bleibt.

Die Zufahrt zum Grundstück Nr. 5 ist von der Wirtsgasse her wegen der schmalen Fahrbahn und Grundstückszufahrt nicht in einem Zug möglich, weshalb um Zulassung der Zufahrt aus Richtung der Taxisstraße gebeten wurde.

Aus straßenverkehrsrechtlicher Sicht bestehen dagegen keine Bedenken, auch die übrigen Behördenvertreter erhoben keine Einwendungen, weshalb die Anbringung eines Zusatzzeichens mit dem Text „Anlieger Gebäude Nr. 4 und 5 frei“ angeordnet wird. Das Zusatzzeichen ist unter das bestehende Z 250 anzubringen.“

Würden wir die Zufahrt auch für Haus Nr. 3 freigeben, stellt sich die Sinnfrage für Zeichen 250. In diesem Fall dürften sowohl die Bewohner als auch der Anlieferverkehr für Haus Nr. 5 die Straße befahren. Die zusätzliche Öffnung bis **zum Ende** der Straße „Am Kuhberg“ würde faktisch zu einer Freigabe innerhalb der **kompletten** Gefällstrecke führen. Aufgrund des starken Gefälles würde, insbesondere in den Wintermonaten, eine Gefahrenlage geschaffen. In der Güterabwägung ist der zumutbare Umweg zum Gebäude Am Kuhberg 3 über die Wirtsgasse verhältnismäßig.

In Abstimmung mit dem Polizeipräsidium Ulm wird die Freigabe der Zufahrt auch für Haus Nr. 3 daher abgelehnt

Trugenhofen, Fürst-Franz-Josef-Straße: Sackgassenschild und Parkverbot?

a) Parkverbot (Z 283, absolutes Haltverbot; Z 286, eingeschränktes Haltverbot)

Die Wendeplatte ist oft zugeparkt. Fahrbahnbreite lt. Gemeinde ca. 4,90 m. Gemeinde regt ein Parkverbot an.

Gem. § 45 Abs. 9 StVO sind Verkehrszeichen und –einrichtungen nur dort anzubringen, wo dies aufgrund der besonderen Umstände zwingend erforderlich ist.

§ 12 StVO regelt, dass u. a. an engen und unübersichtlichen Straßenstellen, vor und in amtlich gekennzeichneten Feuerwehrezufahrten, vor Grundstücksein- und –ausfahrten, auf schmalen Fahrbahnen auch ihnen gegenüber und vor Bordsteinabsenkungen das Parken unzulässig ist.

Eng ist eine Straßenstelle, wenn durch haltende Fahrzeuge die Durchfahrt eines Fahrzeugs größtmöglicher Breite (2,55 m) zzgl. eines Sicherheitsabstandes von 0,5 m (je 0,25 m rechts und links) unter Berücksichtigung des Gegenverkehrs nicht mehr gewährleistet ist (2.3.1 Erläuterung zu § 12 StVO). Der verbleibende Fahrraum zwischen zwei parkenden Fahrzeugen muss min. 3,0 m betragen.

Zieht man von der Fahrbahnbreite von 4,9 m eine Pkw-Breite von 3,05 m ab, so verbleibt eine Fahrbahnbreite von 1,85 m. Damit liegt eine enge Straßenstelle vor. Es ist Aufgabe der Gemeinde, durch Polizeivollzug für straßenverkehrsrechtliche Ordnung zu sorgen.

Hinweis: Die Frage, ob ein Sackgassenschild anzuordnen ist, werden wir im Rahmen der Verkehrsschau prüfen.

Dunstelkingen, K 3003, streckenbezogene Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h auf Höhe Bushaltestelle in der Ortsmitte im Kreuzungsbereich Frickingen-Eglingen-Katzenstein

Bei der Dunstelkinger Hauptstraße handelt es sich um die Ortsdurchfahrt Dunstelkingen, Kreisstraße K 3003. Nach § 3 Abs. 1 Nr. 2 StrG BW sind Kreisstraßen Straßen die vorwiegend dem überörtlichen Verkehr zwischen benachbarten Kreisen oder innerhalb eines Kreises dienen oder zu dienen bestimmt sind, ferner die für den Anschluss einer Gemeinde an überörtliche Verkehrswege erforderlichen Straßen.

Gem. § 45 Abs. 9 StVO sind Verkehrszeichen und Einrichtungen nur dort anzuordnen, wo dies aufgrund der besonderen Umstände zwingend erforderlich ist. Insbesondere Beschränkungen und Verbote des fließenden Verkehrs dürfen nur angeordnet werden, wenn auf Grund der besonderen örtlichen Verhältnisse eine Gefahrenlage besteht, die das allgemeine Risiko einer Beeinträchtigung der in den vorstehenden Absätzen des § 45 genannten Rechtsgüter erheblich übersteigt.

Eine Gefahrenlage kann innerorts nur anhand gesteigerter Unfallzahlen belegt werden. Nach Rücksprache mit der Polizei ereignete sich der letzte Unfall mit einem Fußgänger 2014. Eine Gefahrenstelle liegt damit nicht vor.

Nach Rücksprache mit der Bußgeldstelle ist diese gerne bereit, einen Verkehrszähler aufzuhängen. Wir werden dies veranlassen. Sollten sich entsprechende Zahlen ergeben, werden wir diesen Punkt auf die nächste Verkehrsschau nehmen.

Eglingen, Knotenpunkt Ochsenweg/Im Brühl

Eine Vorfahrtsregelung ist hier nicht erforderlich

Eglingen, K 3001, Demminger Straße/Im Brühl

Der Verkehr von Linienbussen rechtfertigt kein Haltverbot. Wo geparkt werden darf regelt § 12 StVO. Um Vollzug desselben wird ggfs. gebeten.

Eglinger Keller, straßenbegleitender touristischer Fuß- und Radweg

Die Gemeinde und der Anlieger wünschen die Anordnung des Z 101 (Gefahrstelle) mit ZZ 1007-37 (Ausfahrt).

Bei dem straßenbegleitenden gemeinsamen „Geh- und Radweg“ handelt es sich nicht um einen benutzungspflichtigen, sondern um einen touristischen gemeinsamen Geh- und Radweg, weshalb weder Z 240 noch ZZ 1012-31 anzubringen sind. Das Ende des gemeinsamen touristischen Geh- und Radwegs ist deutlich zu erkennen.

Nach § 45 Abs. 9 S. 2 StVO dürfen Gefahrzeichen nur dort angeordnet werden, wo es für die Sicherheit des Verkehrs erforderlich ist, weil auch ein aufmerksamer Verkehrsteilnehmer die Gefahr nicht oder nicht rechtzeitig erkennen kann und auch nicht mit ihr rechnen muss.

U. E. ist das Ende des gemeinsamen touristischen Geh- und Radwegs deutlich zu erkennen, so dass ein aufmerksamer Radfahrer seine Geschwindigkeit reduziert, um einem evtl. von der Demminger Straße her abbiegenden Verkehrsteilnehmer die Vorfahrt einzuräumen. Gem. § 10 StVO hat wer aus einem Grundstück auf die Straße einfährt, sich so zu verhalten, dass eine Gefährdung anderer Verkehrsteilnehmer ausgeschlossen ist. Erforderlichenfalls muss sich der Einfahrende einweisen lassen. Es ist Aufgabe des Anliegers den die Ausfahrt passierenden Radfahrern und Fahrzeugen die Vorfahrt zu gewähren, nicht anders herum.

Eglingen, Osterhofer Straße/Baumgasse

Anwohner haben sich darüber beschwert, dass im Kreuzungsbereich geparkt wird. Ob das Halten in diesem Bereich unzulässig ist, regelt § 12 StVO. Die Gemeinde wird um Vollzug von § 12 StVO gebeten.

Demmingen, Kapellengässle 13, Versetzen des Z 274-30

Wenn die Fahrzeuge regelkonform geparkt werden, ändert sich dadurch nicht die Verkehrssituation bezüglich der Anordnung der Standorte der Z 274-30, da sich der Standort des Kindergartens nicht geändert hat. Werden die Fahrzeuge nicht regelkonform geparkt, besteht kein Handlungsbedarf der StrVB, vielmehr liegt ein Vollzugsdefizit vor.

Demmingen, streckenbezogene Geschwindigkeitsbegrenzung zw. Wagenhofen und Demmingen

Bei der Straße zwischen Wagenhofen und Demmingen handelt es sich um eine Gemeindeverbindungsstraße außerhalb geschlossener Ortschaft. Eine solche dient vorwiegend dem Verkehr zwischen benachbarten Gemeinden oder Gemeindeteilen oder ist diesem zu dienen bestimmt (Schuhmacher, in: Straßengesetz für Baden-Württemberg, § 3 Rnr. 16).

Gemäß § 45 StVO können die Straßenverkehrsbehörden die Benutzung bestimmter Straßen oder Straßenstrecken aus Gründen der Sicherheit oder Ordnung des Verkehrs beschränken. Nach § 45 Abs. 9 StVO sind Verkehrszeichen und Verkehrseinrichtungen nur dort anzuordnen, wo dies auf Grund der besonderen Umstände zwingend erforderlich ist. Insbesondere Beschränkungen des fließenden Verkehrs dürfen nur angeordnet werden, wenn auf Grund der besonderen örtlichen Verhältnisse eine Gefahrenlage besteht, die das allgemeine Risiko einer Beeinträchtigung der in der StVO genannten Rechtsgüter erheblich übersteigt.

Während der Dauer der Sperrung der Ortsdurchfahrt Demmingen kam es zu einem erhöhten Verkehrsaufkommen u. a. in der Wagenhoferstraße, die als Ausweichstrecke genutzt wurde. Die Straße wird von Schulkindern genutzt, um zu den Haltestellen „Schule“ und „Unterdorf“ zu gelangen. Ein Gehweg ist nicht vorhanden. Die Straße ist schmal. Mit der verkehrsrechtlichen Anordnung vom 24.02.2022 wurde daher die Geschwindigkeit zeitlich befristet für die Dauer der Ortsdurchfahrt angeordnet.

Die Sperrung der Ortsdurchfahrt Demmingen ist aufgehoben. Das Verkehrsaufkommen hat sich daher wieder reduziert, weshalb eine weitere Anordnung einer Geschwindigkeitsbegrenzung rechtlich nicht länger zulässig ist.

Demmingen, Willkommensschild

Die Standorte der Willkommensschilder wurden im Rahmen einer Verkehrsschau im Einvernehmen mit der Polizei und der Straßenbaubehörde besprochen und dementsprechend angeordnet.

Teilnehmer:

- Frau Saur, Gemeinde Dischingen
- Frau Oberschmid, Gemeinde Dischingen
- Frau Wiedmann, Ortsvorsteherin von Trugenhofen
- Herr Siedler, Polizei
- Herr Koffer, FBL Straßenverkehrsbehörde
- Frau Bolsinger, LRA Heidenheim, FB 11, Mobilität und Straßenbau (von Top 1.1. – Top 2.1.)
- Frau Jana Ellenberger, Auszubildende beim LRA Heidenheim, FB 11, Mobilität und Straßenbau (von Top 1.1. – Top 2.1.)
- Herr Leutner, LRA Heidenheim, Straßenmeisterei (von Top 1.1. – Top 2.1.)
- Frau Bauer, LRA Heidenheim, Straßenverkehrsbehörde

TOP 1.1.: Trugenhofen, K 3002, Taxisstraße, Vorfahrtsregelung an der 1. Kreuzung aus Richtung Dischingen kommend (Z 301, Vorfahrt) und an der letzten Kreuzung der Karlsbrunnenstraße, Richtung Schrezheim (Z 301, Vorfahrt)

Bei Besichtigung der 1. innerörtlichen Kreuzung aus Richtung Dischingen kommend wird festgestellt, dass diese einen abgesenkten Bordstein hat. Die Deckschicht vom Straßenbelag fehlt noch. Gemäß § 10 StVO hat, wer über einen abgesenkten Bordstein hinweg auf die Fahrbahn einfahren will, sich dabei so zu verhalten, dass eine Gefährdung anderer Verkehrsteilnehmer ausgeschlossen ist. D. h., derjenige, der über einen abgesenkten Bordstein auf die Fahrbahn einfahren will, hat den anderen Verkehrsteilnehmern Vorfahrt zu gewähren. Da damit die Ortsdurchfahrt vorfahrtsberechtigt ist, ist eine verkehrsrechtliche Anordnung hier nicht erforderlich.

Es wird festgestellt, dass die Abzweigung Taxisstraße noch kein Straßennamensschild (Z 437) hat. Z 437 soll für alle Kreuzungen und Einmündungen angeordnet werden (Rdnr. 2 II. zu § 42 Zeichen 437 VwV-StVO). Gemäß § 45 Abs. 3 StVO bestimmen die Verkehrsbehörden bei Straßennamensschildern nur darüber, wo sie anzubringen sind. Im Einvernehmen mit der Gemeinde Dischingen und der Polizei wird angeordnet, dass Z 437 am Laternenmasten an der Einmündung Taxisstraße/Taxisstraße anzubringen ist.



Trugenhofen, Taxisstraße, Einmündung Taxisstraße

Die Kosten der Beschaffung, Anbringung, und Unterhaltung des amtlichen Verkehrszeichens trägt gemäß § 5b Abs.1 StVG, § 45 Abs. 5 StVO der Träger der Straßenbaulast für diejenige Straße, in deren Verlauf sie angebracht werden. Die Abzweigung Taxisstraße ist eine Gemeindestraße, so dass Träger der Straßenbaulast gem. §§ 44 und 50 Abs. 3 Nr. 3 StrG die Gemeinde Dischingen ist.

Gemäß 9.3 Abs. 1 Richtlinien für die wegweisende Beschilderung außerhalb von Autobahnen (RWB 2000) sind Straßennamensschilder und Hausnummern hilfreich zur Orientierung innerhalb einer Stadt oder Gemeinde und haben in besonderer Weise Bedeutung für Notdienste (Krankenwagen, Ärzte, Feuerwehr, Polizei usw.), aber auch für Taxis, soziale und technische Dienste und vieles mehr. Straßennamensschilder können neben den amtlichen Straßennamen auch Hausnummern enthalten. Die Schilder müssen in solchen Fällen aber lesbar bleiben (9.3 Abs. 4 RWB 2000). Um Notdiensten im Notfall ein schnelleres Auffinden der anzufahrenden Gebäude zu ermöglichen, wird der Gemeinde empfohlen, unter dem Straßennamen die Hausnummern anzugeben.

Am letzten innerörtlichen Knotenpunkt Richtung Schrezheim mündet ein Hauptwirtschaftsweg in die Karlsbrunnenstraße. Optisch ist nicht zu erkennen, ob es sich um einen Wirtschaftsweg oder eine Gemeindestraße handelt. Aktuell ist der Weg mit Z 262 (tatsächliche Masse, 6 t) und dem ZZ 1020-30 (Anlieger frei) ausgeschildert.

An Kreuzungen und Einmündungen hat die Vorfahrt, wer von rechts kommt. Das gilt gemäß § 8 Abs. 1 S. 2 Nr. 2 StVO nicht, für Fahrzeuge, die aus einem Feld- oder Waldweg auf eine andere Straße kommen.

Die Teilnehmer der Verkehrsschau sind sich einig, dass - um die Vorfahrtsregelung zu verdeutlichen - am Wirtschaftsweg zusätzlich Z 260 (Verbot für Kraftfahrzeuge) angeordnet wird, was hiermit erfolgt.

Die Kosten der Beschaffung, Anbringung, und Unterhaltung der amtlichen Verkehrszeichen trägt gemäß § 5b Abs.1 StVG, § 45 Abs. 5 StVO der Träger der Straßenbaulast für diejenige Straße, in deren Verlauf sie angebracht werden. Für den Hauptwirtschaftsweg ist die Gemeinde gem. §§ 44 und 50 Abs. 3 Nr. 3 StrG Trägerin der Straßenbaulast, so dass sie die Kosten für die Beschaffung und Anbringung von Z 260 zu tragen hat.

Frau Bauer erläutert, dass in Ortsdurchfahrten (hier: K 3002) und Hauptverkehrsstraßen Z 301 (Vorfahrt) grundsätzlich nicht anzuordnen ist. Dort wird grundsätzlich Z 306 (Vorfahrtstraße) verwendet. Innerhalb geschlossener Ortschaften ist Z 301 (Vorfahrt) nicht häufiger als an drei hintereinanderliegenden Kreuzungen oder Einmündungen zu verwenden, sonst ist Z 306 zu verwenden. Warum hier mit Z 301 und nicht mit Z 306 gearbeitet wurde, kann nicht in Erfahrung gebracht werden.

Es wird diskutiert, ob die Taxisstraße mit Z 306 (Vorfahrtstraße), anstatt mit Z 301 (Vorfahrt) an den einzelnen Knotenpunkten, versehen werden soll. Die K 3002 mündet in der Ortsmitte in die Max-Klemens-Straße. Die Vorfahrt am Knotenpunkt Taxisstraße/Max-Klemens-Straße ist durch Z 301 (Vorfahrt), Z 205 (Vorfahrt gewähren) und unterbrochener Breitstrichmarkierung zugunsten der Taxisstraße geregelt. Vorfahrt wird also dem Verkehrsteilnehmer gewährt, der gerade aus weiter Richtung Karlsbrunnenstraße fährt und die K 3002 verlässt.

Die Teilnehmer kommen überein, dass aufgrund der Tatsache, dass an den beiden besichtigten Knotenpunkten keine Vorfahrtsregelung angeordnet wird und daher nicht mehr als dreimal hintereinander Z 301 (Vorfahrt) verwendet wird, es bei der aktuellen Beschilderung bleiben soll.

Top 1.2.: Trugenhofen, Gemeindeverbindungsstraße Trugenhofen-Schrezheim/Abzweigung Karlsbrunnen: Z 306 (Vorfahrtstraße)

An diesem außerörtlichen Knotenpunkt treffen die Gemeindeverbindungsstraße aus Richtung Schrezheim (Flst. Nr. 87) und die südlich davon verlaufende Gemeindeverbindungsstraße (Flst. Nr. 198) in spitzem Winkel aufeinander. Die Gemeindeverbindungsstraße aus Richtung Schrezheim ist mit Z 205 (Vorfahrt gewähren) ausgestattet. An der südlich davon verlaufenden Gemeindeverbindungsstraße mit Flst. Nr. 198 ist kein Verkehrszeichen angebracht. Z 301 (Vorfahrt) wird ca. 15 m vom Schnittpunkt der Kreuzung entfernt angeordnet.



Trugenhofen, Gemeindeverbindungsstraße Trugenhofen-Schrezheim/Abzweigung Karlsbrunnen: Herr Leutner steht ca. am angeordneten Standort von Z 301.

Für den Vollzug der angeordneten Maßnahme sowie zur Kostenübernahme ist nach §§ 5b StVG, 45 Abs. 5 StVO in Verbindung mit §§ 44 und 50 Abs. 3 Nr. 3 StrG die Gemeinde zuständig.

Top 1.3.: Trugenhofen, Fürst-Franz-Josef-Straße: Z 357 (Sackgasse)?

Z 357 ist gemäß Rdnr. 1 VwV-StVO nur anzuordnen, wenn die Straße nicht ohne Weiteres als Sackgasse erkennbar ist.

Die Teilnehmer sind sich nach Besichtigung der Örtlichkeit einig, dass die Straße nicht ohne Weiteres als Sackgasse erkennbar ist.

Da die Straße aber nur wenige Anwohner hat, gehen die Teilnehmer der Verkehrsschau davon aus, dass es auch nur wenig Verkehr/Lieferverkehr in der Straße hat und dass nur die Verkehrsteilnehmer in die Straße einfahren, die dieselbe gezielt anfahren. Aufgrund des Grundsatzes, so wenig Verkehrszeichen wie möglich anzuordnen, wird daher von der Anordnung des Z 357 (Sackgasse) abgesehen.

Verkehrsschau am 17.11.2022 auf Gemarkung Dischingen



Blick in die Fürst-Franz-Josef-Straße

Offensichtlich ist ein Bewohner des Gebäudes auf Flst. Nr. 65/3 60 Jahre alt geworden, da Z 274 (zulässige Höchstgeschwindigkeit 60) in dessen Vorgarten an einem Holzpfosten aufgestellt wurde. Da es sich dabei um kein amtlich angeordnetes Verkehrszeichen handelt, wird die Gemeinde gebeten, Kontakt mit dem Bewohner des Flst. Nr. 65/3 aufzunehmen und dafür zu sorgen, das Schild entfernt wird.

Top 1.4.: Trugenhofen, Maierholzweg: Versetzen des Z 250 (Verbot für Fahrzeuge aller Art) an das nördliche Ende des Grundstücks Maierholzweg 2 und Anordnung des ZZ 1026-38 (land- und forstwirtschaftlicher Verkehr frei)

Z 250 (Verbot für Fahrzeuge aller Art) steht an der Grundstücksgrenze zwischen den Grundstücken Maierholzweg 1 und 2, so dass nur rechtswidrig zum Grundstück Maierholzweg 2 gefahren werden kann, weshalb die Gemeinde die Versetzung von Z 250 beantragt.

Die Gemeinde teilt mit, dass der weiterführende Feldweg gerne von Radfahrern/Mountainbikern genutzt wird. Um diesen die Möglichkeit der legalen Nutzung zu geben, wird angeordnet Z 250 (Verbot für Fahrzeuge aller Art) zu entfernen und Z 260 (Verbot für Kraftfahrzeuge) zu anzubringen. Damit auch land- und forstwirtschaftliche Fahrzeuge den Feldweg nutzen können, wird ZZ 1026-38 angeordnet. Um keinen zusätzlichen Pfosten errichten zu müssen, soll der Standort der Verkehrszeichen beibehalten werden. Daher wird das ZZ 1004-30 (Entfernungsangabe in 50 m) angeordnet.

Für den Vollzug der angeordneten Maßnahmen sowie zur Kostenübernahme ist nach §§ 5b StVG, 45 Abs. 5 StVO in Verbindung mit §§ 44 und 50 Abs. 3 Nr. 3 StrG die Gemeinde zuständig.



Maierholzweg

Die Gemeinde wird gebeten, die Eigentümer des anliegenden Grundstücks aufzufordern, Z 250 freizuschneiden.

Top 1.5.Trugenhofen, Fährnichweg: Z 205 (Vorfahrt gewähren)

Bei Besichtigung der Taxisstraße wurde festgestellt, dass Z 205 (Vorfahrt gewähren) an der Einmündung aus dem Fährnichweg zu hoch angebracht ist. Die Gemeinde wird gebeten, Z 205 auf die Höhe unmittelbar über dem Straßennamensschild abzusenken.



Fährnichweg

Top 2.1.: Dischingen, Apothekergässle, L 2033: Sichtfeld

An der Ausfahrt aus dem Apothekergässle ist Z 205 (Vorfahrt achten) angebracht. Die Gemeinde Dischingen beantragt das Anbringen eines Verkehrsspiegels auf der gegenüberliegenden Straßenseite, da die Stelle für Autofahrer unübersichtlich sei.

Bei Besichtigung der Örtlichkeit wird festgestellt, dass das Sichtfeld frei ist. Vom Apothekergässle kann nur über einen abgesenkten Bordstein hinweg in die L 2033 eingefahren werden.



Sicht aus dem Apothekergässle nach Süden



Blick auf Apothekergässle mit abgesenktem Bordstein

§ 10 StVO regelt, dass wer über einen abgesenkten Bordstein hinweg auf die Fahrbahn einfahren will, sich dabei so zu verhalten hat, dass eine Gefährdung anderer

Verkehrsteilnehmer ausgeschlossen ist. Damit haben Verkehrsteilnehmer, die aus dem Apothekergässle in die L 2033 einfahren wollen, den Verkehrsteilnehmern der L 2033 Vorfahrt zu gewähren. Gemäß § 8 Abs. 2 StVO darf, wenn die Vorfahrt zu beachten ist, nur weitergefahren werden, wenn übersehen werden kann, dass wer die Vorfahrt hat, weder gefährdet noch wesentlich behindert wird. Kann das nicht übersehen werden, weil die Stelle unübersichtlich ist, so darf sich vorsichtig in die Kreuzung /Einmündung hineingetastet werden, bis die Übersicht gegeben ist.

Ein von der Gemeinde vorgeschlagener Verkehrsspiegel kann aus folgenden Gründen nicht befürwortet werden:

Ein Verkehrsspiegel bringt zahlreiche Nachteile mit sich. Er stellt das Verkehrsgeschehen optisch verkleinert, verzerrt und seitenverkehrt dar. Die Geschwindigkeit der Kraftfahrzeuge kann nur schwer eingeschätzt werden und angesichts der Witterung in unseren Breitengraden ist er häufig beschlagen oder gefroren, wodurch nichts erkennbar ist. Hinzu kommt, dass die Aufmerksamkeit des Verkehrsteilnehmers sich in erster Linie auf den Verkehrsspiegel richtet und somit vom direkten Verkehrsgeschehen, das nach dem Blick in den Spiegel häufig nicht mehr in Augenschein genommen wird, abgelenkt wird.

Aus den genannten Gründen kann ein Verkehrsspiegel an Straßeneinmündungen allenfalls eine unterstützende Notlösung sein, wo sich aufgrund der bestehenden örtlichen Verhältnisse tatsächlich keine anderen Lösungsmöglichkeiten bieten. Nach geltender Rechtsprechung sollen Verkehrsspiegel dem Wartepflichtigen das Hineintasten in eine Kreuzung oder einen Einmündungsbereich erleichtern, befreien ihn jedoch nicht davon, sich unmittelbar vor der Einfahrt in die Vorfahrtstraße über die Verkehrslage zu orientieren.

Verkehrsspiegel sollten daher nur in äußersten Notfällen im Bestand und bei sorgfältiger Prüfung befürwortet werden.

Bei Besichtigung der Örtlichkeit wird festgestellt, dass der Eigentümer von Torstraße 8 (L 2033) einen ca. 1,8 m hohen blickdichten Zaun in einem Abstand von ca. 0,5 m zur Fahrbahn vor seinem Haus errichtet hat. Dieser schränkt die Sicht auf die Torstraße/L 2033 ein. Zwar ist die Errichtung einer Einfriedung innerhalb geschlossener Ortschaft gem. Nr. 7a) Anhang zu § 50 Landesbauordnung (LBO) verfahrensfrei, jedoch müssen gem. § 50 Abs. 5 LBO auch verfahrensfreie Vorhaben den öffentlich-rechtlichen Vorschriften entsprechen. Gem. § 16 Abs. 2 LBO darf die Sicherheit und Leichtigkeit des öffentlichen Verkehrs durch baulich Anlagen oder deren Nutzung nicht gefährdet werden. Die Gemeinde wird gebeten, sich mit dem Eigentümer des Gebäudes Torstraße 8 ins Benehmen zu setzen.

Top 2.2.: Dischingen, Jungbauernstraße, Tonnagebeschränkung vor Egaubrücke

Die Gemeinde wünscht das Versetzen des Schildes Z 262 (tatsächliche Masse 9t), da Lkws vor der Brücke keine Wendemöglichkeit haben.

Gem. Rdnr. 1 VwV-StVO zu Z 262 sind die betroffenen Fahrzeuge rechtzeitig auf andere Straßen umzuleiten (Z 421, Pfeilwegweiser für bestimmte Verkehrsarten und Z 442, Vorwegweiser für bestimmte Verkehrsarten mit ZZ 1008-34, keine Wendemöglichkeit).



Im Rahmen der Verkehrsschau vom 10.03.1992 wurde angeordnet, die Gewichtsbeschränkung an der Grabenstraße, unmittelbar nach der Einmündung in die Straße Marktplatz und an der Jungbauernstraße, unmittelbar nach der Einmündung der Brantweinstraße durch Z 262 und dem damals gültigen ZZ 741 (mit der entsprechenden Entfernungsangabe) voranzukündigen. Aktuell befindet sich an der Einmündung in die Straße Marktplatz trotz Anordnung vom 10.03.21992 keine Vorankündigung.

Nach Besichtigung der Örtlichkeit sind sich die Teilnehmer einig, dass die Vorankündigung der Tonnagebeschränkung ebenso am Knotenpunkt Hauptstraße/Marktplatz/Grabenstraße möglich ist. Geeigneter Standort wäre hier die nordöstliche Ecke Grabenstraße/Marktplatz. Die Gemeinde prüft die Eigentumsverhältnisse und gibt Rückmeldung.

Sollte sich herausstellen, dass eine Versetzung der Vorankündigung nicht möglich ist, wird die Gemeinde gebeten, die verkehrsrechtliche Anordnung vom 10.03.1992 zu vollziehen.

Top 3.1.: Eglingen, Ochsenweg: Z 310, 311 (Ortsschild)

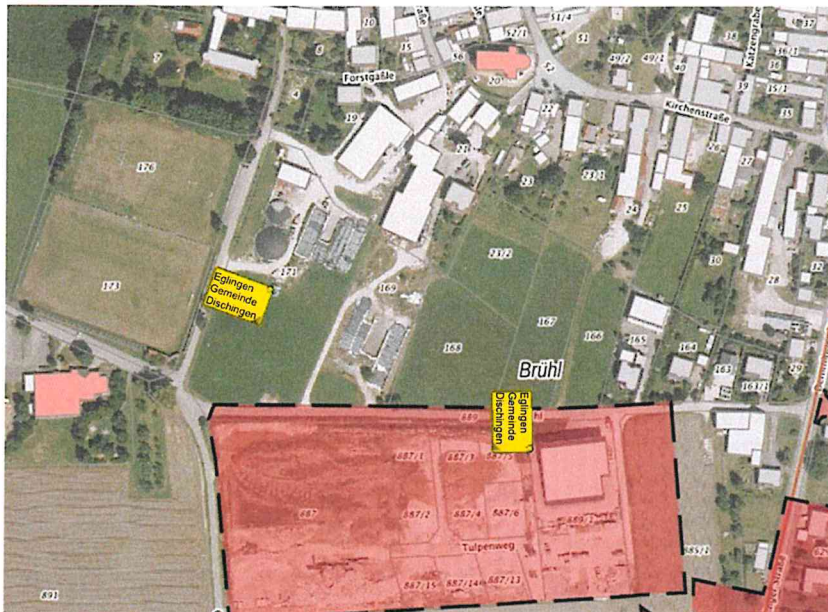
Z 310 (Ortstafel Vorderseite), Z 311 (Ortstafel Rückseite) sind ohne Rücksicht auf Gemeindegrenze und Straßenbaulast i. d. R. dort anzuordnen, wo ungeachtet einzelner unbebauter Grundstücke die geschlossene Bebauung auf einer der beiden Seiten der Straße für den ortseinwärts Fahrenden erkennbar beginnt bzw. für den ortsauwärts Fahrenden endet.

Eine geschlossene Bebauung liegt vor, wenn die anliegenden Grundstücke von der Straße erschlossen werden. Die Ortstafel darf auch auf unbedeutenden Straßen für den allgemeinen Verkehr nicht fehlen (Rnr. 3 Ziff. III VwV-StVO zu Z. 310 und 311). Der östlich vom Sportplatz befindliche Hof erstreckt sich über Flst. Nr. 19 und Flst. Nr. 171 und ist als wirtschaftliche Einheit zu betrachten. Das Wohnhaus des Hofinhabers befindet sich auf Flst. Nr. 19.

Nördlich der Straße Im Brühl beginnt die Wohnbebauung auf Flst. Nr. 165. Südlich der Straße Im Brühl befindet sich auf Flst. Nr. 889/1 ein Unternehmen.

Nach Besichtigung der Örtlichkeiten sind sich die Teilnehmer einig, dass Z 310, Z 311 auf dem Grünstreifen am nordwestlichen Eck von Flst. Nr. 889/1 und südlich der Zufahrt zu Flst. Nr. 171 aufzustellen sind.

Verkehrsschau am 17.11.2022 auf Gemarkung Dischingen



Für den Vollzug der angeordneten Maßnahmen sowie zur Kostenübernahme ist nach §§ 5b StVG, 45 Abs. 5 StVO in Verbindung mit §§ 44 und 50 Abs. 3 Nr. 3 StrG die Gemeinde zuständig.

Top 3.2.: Ochsenweg: Höhenbeschränkung am Torbogen von Schloss Eglingen

Bei Besichtigung der Örtlichkeit von Top 3.1. tritt ein Bewohner des Eglinger Schlosses auf die Verkehrsschauteilnehmer zu und bemängelt, dass am südlichen Torbogen keine Höhenangabe und am nördlichen Torbogen eine für den südlichen Torbogen zu hohe Höhenbegrenzung angebracht sei, was dazu führe, dass Lkws den Torbogen passieren und denselben dabei beschädigen würden. Bei näherer Besichtigung der Örtlichkeit wurde festgestellt, dass weder am nördlichen noch am südlichen Torbogen Höhenangaben angebracht sind.

Im Rahmen der Verkehrsschau vom 19.11.2020 wurde Z 265 StVO (Verbot für Fahrzeuge über eine tatsächliche Höhe von 2,25 m) mit ZZ 1004-30 (200 m) am südlichen Beginn der Straße, die zum Schloss führt (Knotenpunkt Ochsenweg/Im Brühl), angeordnet.

Die Gemeinde ist derzeit dabei zu klären, ob es sich bei der Durchfahrt durch das Privatgrundstück des Schlosses um eine gewidmete, dem öffentlichen Verkehr dienende Straße handelt. Sollte das nicht der Fall sein, steht es dem Eigentümer frei, die Durchfahrt durch physische Maßnahmen zu unterbinden. Des Weiteren bliebe es Sache des Eigentümers die Durchfahrt durch den nördlichen Torbogen mit Hilfe eines Hinweisschildes „private Grundstückszufahrt“ und eine Höhenangabe zu versehen.

Um Rückmeldung von Seiten der Gemeinde wird gebeten.

gez.

Bauer



Verteiler:

1. Gemeindeverwaltung Dischingen, Marktplatz 9, 89561 Dischingen
2. Polizeipräsidium Ulm, Führungs- und Einsatzstab StB Einsatz – Sachbereich Verkehr, Münsterplatz 47, 89073 Ulm
3. LRA Heidenheim, FB 11, Mobilität und Straßenbau
4. LRA Heidenheim, Straßenmeisterei